

29. Juni 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

29. Juni 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Jahrestag einer Mahnung</u> 30. Juni 1960 - 30. Juni 1961	54
2 - 3	<u>Frankreichs Bauern im Aufstand</u> Krise des Regimes? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	86
4 - 4a	<u>Wahlreisen mit der Bundeswehr</u> Interessante Aufschlüsse in nächtlicher Bundestagsfragestunde Von Wolfgang Jansen	81
5 - 6	<u>Schlagworte sollen die Hirne vernebeln</u> Wirtschafts-Theorie und -Praxis in der Sowjetzone	65
7	<u>Zeitgeschehen...</u> <u>Hustenbonbons für Erhard</u> Eine sinnige Gabe	25
7	<u>Kanzler bestätigt: Wer Adenauer wählt, wählt Strauss</u> Erhard steht noch ...	18

* * *
* *

Jahrestag einer Mahnung

30. Juni 1960

sp- Genau vor einem Jahr hat die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag in einer grossen Rede des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien aufgefordert, gemeinsam mit der Opposition zur Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschland-Politik zu schreiten. Diese Aufforderung der Sozialdemokratie war entstanden aus dem Wissen um die nach der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz immer schwieriger werdende Lage des gespaltenen Berlin und des gespaltenen Deutschland.

Wir erinnern uns: Die Pariser Gipfelkonferenz, auf die Millionen Menschen Hoffnungen gesetzt hatten, war nicht zustande gekommen. Was in den Wochen darauf folgte, liess Schlimmes ahnen. Die Spannung zwischen Ost und West war verschärft und die Aussichten auf eine vernünftige Lösung des Deutschlandproblems geringer denn je. Was das Schlimmste für uns Deutsche war - es bestand der begründete Verdacht, dass die Deutschlandfrage überhaupt aus dem Themenkreis internationaler Verhandlungen verschwinden würde, dass die Teilung Deutschlands und Europas, die Isolierung Berlins, durch einen "Status quo" besiegelt werden könnte.

Herbert Wehner hat in jener denkwürdigen Bundestagsitzung am 30. Juni 1960 bewusst darauf verzichtet, die Ursachen der nunmehr sichtbar gewordenen verzweifelten Situation zu analysieren. Er stellte fest, dass es keinen Sinn habe, früher verpasste Chancen aufzurechnen; er forderte im Namen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, das Eingehen aller demokratischen Kräfte auf die Gegenwart. Es wurde der Begriff "gemeinsame Bestandsaufnahme" geprägt, was keineswegs - wie seinerzeit vielfach behauptet wurde - eine Anlehnung der Sozialdemokratie an Adenauers Deutschlandpolitik bedeutete.

Die Sprecher der CDU/CSU verlangten damals von der SPD die Unterwerfung unter die Politik der Regierung. Ein sozialdemokratischer Antrag, den ganzen Fragenkomplex und vor allem die Überprüfung von politischen Abwehrmassnahmen gegenüber den zu erwartenden sowjetischen Vorstössen in der Berlin- und Deutschlandfrage gemeinsam im Aussenpolitischen Ausschuss zu erörtern, wurde von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte sich mit ihren Befürchtungen über die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes nicht getäuscht. Die UNO-Vollversammlung im Herbst 1960 brachte die Stiefel-Rede Chruschtschows, die Genfer Verhandlungen über den Stopp der Atomwaffenversuche gerieten ins Stocken, und seither erleben wir einen Vorstoss Kossas nach dem anderen in der Berlin- und Deutschlandfrage, alle Versuche der Sowjets, Berlin zu isolieren und die Spaltung Deutschlands international zu legalisieren.

In diesen Tagen wird uns mit dramatischer Wucht demonstriert, dass kein Wort der Wehner-Rede, nicht der damaligen und der sich inzwischen entwickelten Situation entsprach. Die am 30. Juni 1960 erhobene Forderung der Sozialdemokratie - gemeinsame Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschlandpolitik - steht heute, nach einem Jahr, immer noch im Raum.

Wir hoffen und wünschen, dass Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier in seiner Erklärung zum Abschluss der Legislaturperiode des Parlaments die Worte findet, die geeignet sein mögen, der Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte zur Abwehr einer vom deutschen Volk nicht zu billigenden und von den Sowjets geforderten "Lösung der deutschen Frage" zu dienen.

* * *

Frankreichs Bauern im Aufstand

Krise des Regimes?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Mittwochabend hat Ministerpräsident Deoré die Bauern Frankreichs aufgefordert, ihre Protestaktionen einzustellen, da er andernfalls die bereits angekündigten Verhandlungen zwischen Regierung und Vertretern der Landwirtschaft über die Forderungen der Bauern für sinnlos hält. Der Hauptvorstand des Bauernverbandes hat seinerseits die Landwirte ersucht, zunächst Ruhe zu halten. Ob beide Aufrufe befolgt werden, ist noch nicht ganz sicher, da die Protestaktionen der französischen Bauern inzwischen ein das ganze Land bewegendes Ausmass angenommen haben.

Der Aufstand der französischen Bauern ist vielleicht ein Anachronismus, aber kein Kuriosum. Lange Zeit hindurch hat man den "Aufruhr der Dreschflügel" in Paris nicht ernst genommen. Die Protestwellen in der Bretagne hat man verspottet, bis sie zur Sturmflut über ganz Frankreich wurden. Wenn sich einige Hunderttausend, vielleicht schon Millionen Bauern in Bewegung setzen und auf die Städte marschieren, wenn Präfekturen gestürmt und besetzt werden und Traktoren gegen die Kolonnen der Gendarmerie und Sicherheitskompanien auffahren, ist die Zeit des Scherzens vorüber.

Behen in den Grundfesten

Frankreich, das alte Bauernland, erbebt in seinen Grundfesten. Es sind nicht mehr die konservativen Grossebauern, die den Ton angeben, und die früher die Bauernverbände beherrschten, sondern junge Kleinbauern, die aus der Genossenschaftsbewegung kommen. Anfangs sah man in Regierungskreisen diese Entwicklung nicht ungern, weil es gerade die reaktionären Bauernvertretungen waren, die de Gaulles Politik immer wieder durchkreuzten. Andererseits hat die Regierung nichts unternommen, um die gerechten Bauernforderungen rechtzeitig zu erfüllen.

Jetzt ist die Bewegung nicht nur den politischen Parteien, sondern auch dem Staat über den Kopf gewachsen. Es geht dabei nicht nur um die berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Belange jener Bauernschaft, die im Überfluss landwirtschaftlicher Erzeugnisse erstickt. Es geht darum, dass Millionen Menschen - und diesmal nicht nur die linksgerichteten Industriearbeiter, sondern eben die sehr konservativ eingestellten Bauern - den Glauben an den Staat verloren haben, an die V. Republik, ebenso wie zuvor an die IV. Republik.

Christliche Gewerkschaften an der Seite der Bauern

Die vermeintliche Allmacht des autoritären Regimes offenbart sich als Ohnmacht. Dieser Staat, unfähig, dem Algerienkrieg ein Ende

zu setzen und die rechtsradikale Kamarilla zu bändigen, wird jetzt zum Spielball eines Bauernaufstandes, der diesmal von der Arbeiterbewegung offen unterstützt wird. Die aktive Hilfe der Gewerkschaften aller Richtungen, insbesondere der christlichen Gewerkschaften in der Bretagne, ist eine radikale Wendung in der Geschichte der Arbeiter- und Bauernbewegung Frankreichs.

Was nützen da Vollmachten und Ausnahmegesetze, Artikel 16 und Notverordnungen? Dem Gesetz nach müsste der offene Aufbruch, wie er sich jetzt täglich in fast allen französischen Provinzen ereignet, hart bestraft werden. Das Gericht von Morlaix hat es vorgezogen, die Rädelsführer der aufständischen Bretonen freizusprechen und sofort aus dem Gefängnis zu entlassen, obwohl sie Amtsgebäude gestürmt und besetzt hatten. Was blieb den Richtern auch anderes übrig? Den bewaffneten Kampf mit Hunderttausenden von Bauern aufzunehmen, die im Stadtgebiet auf den Urteilsspruch warteten? Das Urteil von Morlaix demonstrierte die Ohnmacht des Staates und gab die Bahn frei für die nächste Sturmwohle, die jetzt über ganz Frankreich hinweggeht.

Folgenswer sind die Zugeständnisse, die die Regierung unter dem Ansturm der Bauern machen musste und die vorher jahrelang verweigert und hinausgeschoben worden waren. Das Regime erbrachte damit vor aller Welt den Erweis, dass es nicht weither ist mit dem Spruch: "Die Staatsmacht weicht nicht zurück".

Politische Konsequenzen

Man kann sicher sein, dass die Gewerkschaften, aber auch die politischen Gegner der Regierung, sowohl die FLN auf der einen Seite wie auch die rechtsradikale OAS auf der anderen Seite, daraus ihre Lehren ziehen. Mit Schrecken fragen sich gerade die Anhänger und Stützen des de Gaulle-Regimes in diesen Tagen, was morgen werden soll, wenn der General nicht mehr ist. Auf ihm allein beruhen das ganze gegenwärtige System, sein inneres und äusseres Gewicht, seine Verfassung und Struktur. Was ist vorgesehen, um eine demokratische oder auch nur republikanische und nationale Kontinuität gewährleisten zu können? Bis jetzt - nichts!

Die Rechtsradikalen auf der einen und die Kommunisten auf der anderen Seite bemühen sich, den Bauernaufstand für ihre Zwecke politisch auszunutzen und weiterzutreiben. Die einen wie die anderen sind bereit, aus der französischen Krise Profit zu schlagen und im Falle eines politischen Vakuums zu handeln. Der kalte Bürgerkrieg, der sich bereits von Algerien auf die Metropole ausdehnt, könnte dann in grössere Auseinandersetzungen umschlagen. Trotz Sommerferien ist der politische Wellengang in der V. Republik unverändert stürmisch.

Sicher wird Staatspräsident de Gaulle schon während seiner jetzigen Reise durch Lothringen in mehreren Ansprachen wieder seine ganze Autorität einsetzen müssen, um die zweifellos sichtbar gewordene Krise des Regimes noch einmal einzudämmen.

Wahlreisen mit der Bundeswehr

Von Wolfgang Jansen

Vorweg: Niemand hat etwas dagegen, dass Dr. Konrad Adenauer einen Luftwahlkampf führt. Wochenlang wie vor vier Jahren in einem Sonderzug zu hausein ist für einen Herrn, der im neunten Lebensjahrzehnt steht, entschieden zu strapaziös. Wahlkämpfe sind ohnedies recht anstrengend und wer sie in so hohem Alter noch führt, bedarf - selbst wenn er grosses Vergnügen dabei empfindet - dennoch der ungestörten Nachtruhe. Alles Verständnis also dafür, dass der Parteivorsitzende der CDU im Anschluss an Wahlversammlungen allnächtlich durch die Lüfte gen Bonn entschwebt.

Diese Gründe jedenfalls kann man akzeptieren. Nicht annehmbar sind dagegen die Gründe, die die Bundesregierung in mitternächtlicher Fragestunde dem Deutschen Bundestag anbot.

Der Bundeskanzler müsse jederzeit erreichbar sein, hiess es da und das sei nur im Flugzeug möglich. Nun, vor vier Jahren war der Parteivorsitzende der CDU/CSU auch schon Bundeskanzler - ohne dass man deshalb Abend für Abend ein Bundeswehrflugzeug benötigte. Ausserdem ist der Bundeskanzler auch jederzeit erreichbar, wenn er ein Charterflugzeug der CDU/CSU benutzt, das schliesslich ebenfalls ein Funkgerät an Bord hat. Denn der Anlass für Dr. Adenauers Abwesenheit liegt ja nicht in Regierungsgeschäften, sondern im Wahlkampf der CDU/CSU begründet. Die hat darum auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass der Mann, der sie für ihre eigenen Zwecke von seinem Dienstsitz Bonn entfernt, damit seinen Dienstobliegenheiten nicht entzogen wird.

Denn was die Bundesregierung gestern verlauten liess, dass er nämlich auf seinen Wahlreisen überwiegend Staatsgeschäfte betreibe, glauben nicht einmal die Hühner in den Orten, in denen er Wahlreden hält. Man bedenke: Drei Jahre und zehn Monate ist der Kanzler - von verdienten, wenn auch häufigen Urlaubereisen und gelegentlichen Veranstaltungsbesuchen abgesehen, ständig in Bonn anwesend. In den letzten zwei Monaten der Legislaturperiode hat er plötzlich haufenweise Staatsgeschäfte im Lande zu erledigen. Und erstaunlicherweise sind die Orte, an denen er diese Staatsgeschäfte zu erledigen hat, identisch mit denen, die der Terminkalender der CDU/CSU für Adenauer-Wahlreden vorsieht.

Wie man dies höheren Orts betrachtet, zeigt die Antwort auf die Frage, ob auch der Vorsitzende der CSU, Herr Strauss, eine Bundeswehrmaschine beanspruchen werde. Sein Staatssekretär vermochte dies nicht zu verneinen. Aber die Bundeswehr sei mittlerweile so weit verbreitet, dass Herr Strauss fast in jedem grösseren Ort "Dienstgeschäfte" erledigen könne. Mit anderen Worten: Die Dienstgeschäfte - hier

Besichtigung von Bundeswehreinheiten - sind nicht Anlass, sondern Feigenblatt für CDU/CSU-Wahlreisen.

Bei solch verbogener Auffassung wundert man sich schon nicht mehr, dass die Frage nach der Bereitstellung von Bundeswehrflugzeugen für andere Minister gar nicht erst verneint wurde. Man verwies lediglich darauf, dass diese Bereitstellung bisher noch nicht vorgekommen sei. Wollen wir wetten, dass alle Minister das mit grosser Aufmerksamkeit lesen werden?

Der Finanzminister z.B. kann in jeder Kreisstadt ein Finanzamt besuchen, der Postminister auf jedem Dorf eine Poststelle, der Schatzminister sich in bundeseigenen Waldungen von Wahlkampfstrazepen besichtigenderweise erholen, der Familienminister sich von Glück der Kinderreichen überzeugen. Der Justizminister kann Amtsrichtern die Hände schütteln und der Arbeitsminister die Karteien der Arbeitsämter revidieren. Nur der arme Bundesratsminister wäre auf den Besuch der elf Landeshauptstädte beschränkt, wenn er nicht gleichzeitig auch Vertriebenenminister wäre und sich aus dieser Eigenschaft heraus einen Flugzeug-Passpartout der Bundeswehr ausstellen lassen könnte. Kurz: Der ministeriellen Phantasie zur Erfindung von Dienstgeschäften zwecks Wahlreisen auf Steuerzahlers Kosten sind keine Grenzen gesetzt.

Motto für Wahlkämpfer: Reise billig und bequem mit der deutschen Bundeswehr!

So geht es nicht. So sollte es zumindest nicht gehen. Regierungstätigkeit ist eine, Wahlkampf eine andere Sache. Auch Willy Brandt lässt sich seine Reisen innerhalb der Bundesrepublik nicht vom Berliner Senat bezahlen, obwohl seine Deutschlandfahrt eine wirksame Berlin-Werbung ist. Bundeswehr-Flugzeuge aber sind für Wahlreisen völlig ungeeignet. Da helfen alle durchsichtigen Alibis angeblicher Dienstgeschäfte nichts. Die CDU/CSU weiss sehr genau, was in Wahlkampf ihr Parteivorsitzender und ihre Ministerämter bekleidenden Spitzenkandidaten wert sind. Sie sind mit den Kosten für Charterflugzeuge nicht zu gering bezahlt. Noch in den letzten Plenarsitzungen hat die CDU/CSU-Praktion Anträge zugunsten von Vertriebenen, Zonenflüchtlingen, Eltern mit zwei Kindern usw. abgelehnt, weil sie sparen wollte. Wenn sie im gleichen Augenblick zugibt, dass sie ihre Wahlreisen durch die Bundeswehr aus Staatsgeldern, mit Steuermitteln finanziert, so wird sie in sich selbst unglaubwürdig. Das Bundeswehrflugzeug auf Wahlreisen ist ein weithin sichtbares Zeichen für Anmaßung und Machtbrauch, von denen die CDU/CSU inzwischen befallen ist.

Schlagworte sollen die Hirne vernebeln

H.B.- An hochtrahenden Worten haben Ulbricht und seine Funktionäre zu noch keiner Zeit gespart. Seine Parteifunktionäre in den Massenorganisationen glauben über ein umfangreiches Wissen zu verfügen, wenn sie die ihnen von oben vorgeschlagenen Schlagworte recht oft gebrauchen. Da wird eine Ausstellung zum "Kabinetts", natürlich zum "lebendigen Kabinetts". Und für welche Kreise sind derartige Ausstellungen bestimmt? Für jeden einzelnen? Im Gegenteil: Eine solche Ausstellung ist "eine Fundgrube konkreten Wissens", die "jedem Mitarbeiter des Parteiapparates (= der SED) und der Massenorganisationen und jedem Wirtschaftsfunktionär ein gründliches Wissen vermittelt". Eine Fundgrube "vor allem für jeden Propagandisten". Ausserdem wird das "Kabinetts" jeden Funktionär "qualifizieren und befähigen, die gewonnenen Erfahrungen in seinem Bereich durchzusetzen". Lebensverbundener, konkreter wird so unsere (= SED) Propaganda. Sie wird beitragen...

Nach Hennecke, Stachanow; wer kennt die Namen aller derer, die den Menschen in der Zone ein Beispiel moderner Antriebsmethoden vorzeigten, die die SED seither hervorgebracht hat. Ein neuer Stern am Vorbild-Himmel der SED-Ausbeuter ist aufgestiegen: Mitrofanow ist ein "guter Freund der Werktätigen" geworden. Diesmal werden Erfahrungen vermittelt. In Leit- und Konsultationsstützpunkten werden Werkleiter, Technologen usw. in "territorial-komplexer Schulung" über die Mitrofanow-Methode "beraten".

Alles ist darauf abgestellt, die Arbeitskräfte-Ausblutung in Ulbrichts Herrschaftsbereich auszugleichen und ihr entgegenzuwirken.

Da haben drei Männer eine neue Maschine für Zwirnereibetriebe entwickelt. Es heisst da nicht schlicht und einfach TRT-Verfahren (Trost-Reuter-Trost), sondern TRT-Technologie. Das macht mehr her. Doch das ist nicht das Interessante an der Sache. Interessant ist vielmehr eine Tabelle über den gegenwärtigen Stand der Zwirnerei-

technik und Produktion in der sowjetisch besetzten Zone gegenüber dem Weltstand. *)

Kennziffer	Ringswirn- technologie (Stand: Zone)	D-D- Technologie (Weltstand)	TRP- Technologie
Maschinenleistung	100 %	180 %	200 %
Arbeitsproduktivität	100	150	170
Fertigungskosten	100	70	60
Platzbedarf	100	80	55
Arbeitskräfte	100	70	60
Energiebedarf	100	150	50
Maschinengewicht	100	30	45
Maschinenpreis	100	140	65 "

Die Zahlen der Spalte 3 sind Zukunftsmusik, wie alle Versprechungen Ulbrichts auf die Zukunft gerichtet sind. Da sagte doch der Abteilungsleiter Technik der zuständigen VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) Baumwolle, "es ist nunmehr notwendig, dass gemeinsam mit dem Maschinenbau alle Anstrengungen unternommen werden...". Dieses Ulbricht'sche Vokabular in die uns geläufige Sprache übersetzt, heisst: Die Arbeiter müssen noch mehr rangenommen werden.

Und die kleinen Handwerker? Sie müssen sehen, wie sie ihren Betrieb über Wasser halten. Arbeit hätten sie genug, wenn sie auch über das notwendige Material verfügen könnten. Aber sie müssen zufrieden sein, wenn sie, wie beispielsweise die Sattler und Tapezierer in Chemnitz auf der "Material-Börse" von den Materialreserven "verschiedene Möbelstoff- und Kunstlederabfälle, die sich für die Weiterverarbeitung eignen", erwischen. "Auch die Klempner-Genossenschaft fand u.a. einige hundert Gasrohrmuffen". Zu dieser "Börse" waren Materialversorger und technische Leiter aus zwanzig Kreisen Sachsens und Thüringens gekommen. Auch der Vorsitzende des Bezirkskabinetts des Pädagogischen Instituts fand "geeignetes Material für den polytechnischen Unterricht" in dieser "wahren Fundgrube".

Gegenüber den "Fundgruben", aus denen die SED-Funktionäre mit sogenanntem Wissen gefüttert werden, sehen diese Fundgruben der Praxis eben doch wesentlich bescheidener aus.

*)

Quelle: "Volksstimme" Chemnitz/ 8. und 9. Juni 1961

* * *

Zeitgeschehen ***

Hustenbonbons für Erhard

sp - Als der Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Dr. Dr. h.c. Ludwig Erhard, ausgerutschter Kronpräsident Dr. Adenauers, vor kurzem das sozialdemokratische Regierungsprogramm kritisierte, aber mangels einer den Franken sonst eigenen geistigen Beweglichkeit nichts Besseres wusste, als den Sozialdemokraten vorzuwerfen, sie wollten durch die Krankenkassen "Hustenbonbons" verteilen, sind natürlich besonders seine eigenen Landsleute auf die Palme gestiegen. Deswegen erhielt Herr Erhard jetzt aus Nürnberg nachstehenden Brief:

"Sehr geehrter Herr Minister!

Unseren Bedarf an Hustenbonbons haben wir noch nie über den Krankenschein bezogen. Ihre Unterstellung, dass die Versicherten die Sozial-einrichtung der Krankenkasse missbrauchen, weisen wir energisch zurück. Aber wir sind grosszügig, damit Ihre Stimme bei den lautstarken Reden, die Sie gegen die Arbeitnehmerschaft ständig halten, keinen Schaden leidet, senden wir Ihnen vorsorglich ein Präsent Hustenbonbons. Mögen Sie Ihnen wohl bekommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen vieler Versicherter der Krankenkasse
gez. 11 Unterschriften

Treffpunkt: Sommerfest der SPD Nürnberg-West."

*

Wie verlautet, haben die Sicherheitsbeamten des Bundeswirtschaftsministeriums das Päckchen vor seiner Öffnung zunächst durchleuchtet, es aber dann trotz des zu erwartenden Ärgers ihres Chefs zur Weiterleitung freigegeben. Ob der Minister die Bonbons inzwischen gelutscht hat, wurde leider nicht bekannt.

* * *

Kanzler bestätigt: Wer Adenauer wählt, wählt Strauss!

Erhard steht n o c h ...

sp - "Die SPD will von der Tatsache ablenken, dass neben Adenauer n o c h Erhard steht". Mit diesem Handgelenk-Satz glaubte der Bundeskanzler in seiner Lebewohl-Rede an die CDU/CSU-Bundestagefraktion die SPD-Behauptung überspielen zu können, dass Strauss wähle, wer Adenauer wählt. Der Coup misslang dem alten Herrn, dem in der letzten Zeit so viele Aussagen misslingen, dass der Regierungspressechef immer mit gezückten Dentis hinter seinem Boss herrennen muss, um Querkonstruktionen à la "Chruschtschows Troika ist ein Fortschritt" eilends wieder geradezubiegen. Was Adenauer vor seiner willfährigen Fraktion herausreißen wollte, das pflanzte er nur umso tiefer ein, denn nichts anderes will der SPD-Slogan von Adenauer und Strauss besagen, als der CDU-Bundesvorsitzenden-Kanzler lauthals bestätigte. Nämlich: Neben Adenauer steht "n o c h" Erhard, von dem die CDU-Wahlkampfleitung versichert, dass er mit Adenauer eine "Mannschaft" bilde. Mit des Kanzlers und CDU-Vorsitzenden höchstpersönlicher Bestätigung also kann von jetzt an die SPD landauf landab Adenauer-autorisiert erklären, dass Strauss wählt, wer Adenauer wählen sollte. Den Übergangs-Nachfolger Erhard braucht man demnach gar nicht mehr zu erwähnen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel